

Informationen aus dem NÖ Landtag



Budgetlandtagssitzung vom 15. und 16. Juni 2009

Am Beginn der Sitzung stand der Bericht von LH Stv. Wolfgang Sobotka zum **Voranschlag 2010**.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/283/283.htm>

„Dieses Budget ist die logische Fortsetzung und somit der dritte Streich der Sobotka Pleite!“ sagte KO Gottfried Waldhäusl bei der Landtagssitzung. Der Klubobmann verwies dabei auf die vorangegangenen Finanzdesaster bei der Veranlagung der NÖ Wohnbaugelnder und der Garten Tulln. Mit einem Abgang von mehr als einer halben Milliarde Euro habe man einen neuerlichen Verschuldungsrekord aufgestellt. Der Gesamtschuldenstand des Landes Niederösterreich liegt somit bei 4,8 Mrd. €. Zum Voranschlag sagte der Klubobmann, dass ein Budget immer das in Zahlen gegossene Spiegelbild der Regierungspolitik sei und man daher auch einen Rückschluss auf die wahren politischen Interessen der ÖVP machen könne. „Die ÖVP erhöhe sich die eigenen Repräsentationsaufwendungen und setzt somit das absolut falsche Signal in Richtung jener Menschen, die unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden hätten“, so Waldhäusl. Er verwies darauf, dass

auch im Bereich Kunst und Kultur massive Erhöhungen durchgeführt würden, während man bei arbeitsplatzsichernden Maßnahmen massive Einsparungen vorgenommen hat. Nicht nachvollziehbar sei für den Klubobmann, warum man ausgerechnet bei den Freiwilligenhilfsorganisationen wie Feuerwehr und Rettung einspart, „da kann man die Wertschätzung von Pröll und Co jenen Menschen gegenüber erkennen, die unzählige Stunden ihrer Freizeit für das Wohl der Mitbürger opfern!“. Ähnlich verhalte es sich auch im Bereich Katastrophenschädenbehebung, wo der Budgetansatz von 2 Mio. € Bedarf 2008 auf 120.000 € herabgesetzt wurde. Als Mangel bezeichnete Waldhäusl den Umstand, dass man für die Bekämpfung von Straftaten wie etwa Wohnungs-, und Dämmungseinbrüchen zu geringe Mittel einsetzt, bzw. noch immer nicht bereit ist, die Grenzkontrollen in den NÖ Grenzregionen wieder einzuführen. „Nur solche Kontrollen können verhindern, dass die Räuberbanden aus dem Osten unser Hab und Gut unbemerkt außer Landes schaffen können!“ so Waldhäusl. Als Grauslichkeit der Sonderklasse bezeichnete der Klubobmann den Umstand, dass man für Integrationshilfe großspurig 750.000 €

übrig hat, während in der gleichen Gruppe die Hilfe für betagte Menschen lediglich mit 370.000 € beziffert ist. „Hier sieht man klar wo die ÖVP ihre Prioritäten setzt. Zuzug ist offenbar wichtiger als ein würdiger Lebensabend für die Leistungsträger der vergangenen Jahrzehnte. Dieses Budget ist voll mit Grauslichkeiten, Unzulänglichkeiten und falschen Impulsen. Man kann die Versäumnisse der letzten Jahre nicht einfach fortschreiben, das Budget muss einem grundlegenden Wandel unterzogen werden. Wir Freiheitlichen können dieser Sobotka Pleite daher auch diesmal nicht zustimmen!“ schloss Waldhäusl.

Es folgten die Spezialdebatten zu den einzelnen Budgetgruppen:

GRUPPE 0 – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung:

KO Waldhäusl wies daraufhin, dass es gerade in dieser Gruppe leicht möglich wäre Einsparungen vorzunehmen ohne Einschnitte für die Bürger vornehmen zu müssen. Er bezog sich dabei vor allem auf die Repräsentationsausgaben für den Landeshauptmann und

die Regierungsmitglieder, die einer Kürzung zugeführt werden müssten. Waldhäusl warf der ÖVP vor, einen großen Teil dieser Gelder für Eigenwerbung zu verwenden und sagte, dass es sich bei diesen Geldern nicht um ÖVP-, sondern um Steuergelder handelt, weshalb sie auch mit dem entsprechenden Augenmaß eingesetzt werden müssen. Er forderte daher eine Durchleuchtung dieser Budgetposten und brachte einen entsprechenden Antrag ein. (im Anhang)

LAbg. Sulzberger strich in seiner Rede hervor, wie wichtig die Regionalförderungen und Beihilfen für strukturschwache Gebiete sind und bezog auch die betrieblichen Hilfen mit ein. Der Abgeordnete erklärte die derzeitigen Förderungskriterien der Europäischen Union in diesen Gebieten und zeigte auf, welche Vorteile benachteiligte Regionen aus diesen Förderungssystemen ziehen können. Sulzberger wies darauf hin, dass die derzeitigen Förderrichtlinien nur noch bis 2013 laufen und forderte dazu auf, diese Mittel in Anspruch zu nehmen solange sie noch verfügbar sind. Darüber hinaus beschäftigte sich Sulzberger mit der Ökosozialen Marktwirtschaft und dem Neoliberalismus in Europa.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=102>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt

GRUPPE 1- Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

KO Stv. Königsberger kritisierte eingangs seiner Rede, dass im Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit weniger Geld veranschlagt worden sei, als bereits beim Rechnungsabschluss 2008 notwendig gewesen ist. Königsberger verurteilte in diesem Budgetansatz vor allem den Umstand, dass die finanziellen Zuwendungen des Landes bei den Blaulichtorganisationen einerseits, aber auch bei der Katastrophenschädenbeseitigung andererseits massiv gekürzt werden. (Anm. 120.000 statt 2.000.000 €) .Im Bereich der Blaulichtorganisationen verweis der Abgeordnete auf die unzähligen Freiwilligenstunden, die von den Angehörigen dieser Institutionen geleistet werden und merkt an, dass Einsparungen auf Kosten der Ausrüstung dieser Or-

ganisationen vollkommen fehl am Platz wären. Abschließend wies Königsberger auf die explodierende Ostkriminalität hin und zitierte die Kriminalstatistik aus der hervorgeht, dass alleine in Niederösterreich ein Kriminalitätsanstieg von 31% zu verzeichnen ist. Er forderte daher eine Aussetzung des Schengen Abkommens und Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Darüberhinaus sprach sich Königsberger auch für eine Weiterführung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres mit Unterstützung der Exekutive aus.

Klubobmann Waldhäusl kritisierte die Einsparungen bei den Blaulichtorganisationen ebenfalls scharf. In Richtung des ÖVP Sicherheitssprechers Karner sagte Waldhäusl, dass dieser die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt und warf der ÖVP Beschwichtigungspolitik vor. Im Hinblick auf die Ostkriminalität brachte der Klubobmann das Beispiel der Euro 2008, bei der man ebenfalls das Schengen Abkommen außer Kraft gesetzt hatte. Über diesen Zeitraum konnte man einen Rückgang der Kriminalität um ein Drittel verzeichnen. Abschließend appellierte Waldhäusl einmal mehr an die Mehrheitsfraktion keine Kürzungen bei den Blau-

lichtorganisationen vorzunehmen und brachte einen Antrag ein.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=116>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=98>

Dieser Antrag wurde von VP und SP abgelehnt.

GRUPPE 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

LAbg. Huber kritisierte den Abgang von 500 Mio. Euro im Landesbudget 2010 vor allem vor dem Hintergrund, dass kein einziger Euro davon in Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen investiert wird. Die Ausgaben würden in dieser Budgetgruppe zwar um 55 Mio. € erhöht, dieses Geld fließt aber allein in den Personalaufwand und in keinerlei infrastrukturelle Maßnahmen. Als

Gründe dafür nennt Huber einerseits den politischen Hüftschuss der Kindergärten für 2,5 Jährige, sowie die Kosten für die Sprachförderungen durch interkulturelle Mitarbeiter und Stützkräfte. Huber verlangte vor allem im Bereich der Kinderbetreuung nachhaltige Lösungen zur Entlastung der Familien. Die dringende Notwendigkeit dieser Maßnahmen begründete Huber mit der Doppelbelastung der Familien. Einerseits würden in Niederösterreichs Kindergärten für die Nachmittagsbetreuung bis zu 80 Euro pro Monat eingehoben, andererseits wären die österreichischen Familien auch noch von der herrschenden Teuerungswelle schwer belastet. Leistbare Maßnahmen im Zusammenhang mit der Betreuung von Vor- und Volksschulkindern seien daher dringend erforderlich, weshalb der Abgeordnete auch einen entsprechenden Antrag der FPÖ eingebracht hat.

KO Waldhäusl lobte die vorbildliche Entwicklung des Sportwesens in Niederösterreich und verwies auf das einerseits florierende Sportvereinswesen, die vielen hochwertigen Sportstätten und die zahlreichen Events im Bundesland. Sport sei in Niederösterreich nicht nur „ein Wirtschaftsfaktor,

sondern mache Spaß und sei gesund für Körper, Geist und Hirn“. In diesem Zusammenhang brachte er zusammen mit seinen Fraktionskollegen einen Resolutionsantrag betreffend die Anti-Dopingaktivitäten des Landes Niederösterreich ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Experten-Gruppe einzusetzen, die eine Antidopingkampagne sowie eine Strategie zur Bekämpfung von Doping im Breitensport erarbeitet. Der Klubobmann ortete lediglich im Legionärswesen mancher Vereine eine falsche Entwicklung und brachte einen Antrag der FPÖ zur Regulierung des Legionärswesens und zur Förderung der heimischen Sportler ein.

Abgeordneter Sulzberger sprach zum Thema Forschung und Entwicklung. Es sei notwendig, dass hier die entsprechende Dotierung gewährleistet sei. Die Aufwärtsentwicklung von Forschung und Entwicklung in Österreich sei in Gefahr. Die Umsetzung neuen Wissens bedeute Zukunft.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at>

http://www.fp-noelandtag.at/landhaus_dateien/Wahlfreiheit%20bei%20der%20Kinderbetreuung.pdf

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

[http://www.fp-](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=118)

[noeland-](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=118)

[tag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=11](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=118)

[8](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=118)

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

[http://www.fp-](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=96)

[noeland-](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=96)

[tag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=96](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=96)

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

GRUPPE 3 - Kunst, Kultur und Kultus:

Abgeordneter Sulzberger sprach von einer „eklatanten Erhöhung“ des Budgets gegenüber dem Jahr 2009 und auch den Vorjahren. Als lobenswert bezeichnete er die Förderung der Musikausbildung bzw. der Musikschulen sowie des Tonkünstlerorchesters. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen Abänderungsantrag betreffend Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3 ein. Auf Grund der Finanz- und Wirtschaftslage sollte das

Geld in andere Bereiche als die Kultur investiert werden, wobei Sulzberger speziell Bildung und Forschung ansprach.

LAbg. Königsberger verwies auf die Wichtigkeit der deutschen Sprache als Trägerin unserer Kultur und unserer Identität. Der Abgeordnete kritisierte in diesem Budgetansatz vor allem den Umstand, dass die Sprach- aber auch die Denkmalpflege kaum Berücksichtigung in diesem Voranschlag finden. Weiters wies Königsberger auf die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Funktionäre des Schwarzen Kreuzes hin, deren Einsatz es zu verdanken sei, dass sich die Kriegsgräber in einem derart gepflegten Zustand befinden. Auch bei den Kriegsgräbern handle es sich um Kulturgüter und Denkmäler. Königsberger forderte abschließend ein Umdenken in der Vergabe von Kulturförderungen und kritisierte den Ankauf des Vorlasses des Österreich-Beschimpfers Peter Turrini um einen Preis von 600.000 €

KO Gottfried Waldhäusl nützte die Gelegenheit, um auf die Vielzahl der Tätigkeiten der Dorferneuerungsvereine in NÖ hinzuweisen. Er sagte, dass es sich bei den Mitgliedern dieser Vereine

um jene Menschen handelt, die das Schicksal ihrer oftmals von Abwanderung betroffenen Ortschaften selbst in die Hand nehmen würden. Er führte aus, dass die zahlreichen Aktivitäten dieser Vereine zu einem Wirtschaftsfaktor geworden seien und verbindet mit der Dorferneuerung das Aufstreben ganzer Regionen. Waldhäusl erhofft sich daher auch in Zukunft, dass diese Arbeit gewürdigt wird und mehr Geld für die Dorferneuerung anstatt für umstrittene Kulturprojekte veranschlagt wird.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=81>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

Ende des ersten Sitzungstages um 22.00 Uhr

GRUPPE 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

LAbg. Tauchner kritisierte in der Gruppe 4 vor allem den Umstand, dass die veranschlagten Sozialausgaben bei

weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Er argumentierte dass vor allem mit den gestiegenen Lebenserhaltungskosten, aber auch dadurch, dass viele Menschen von der Wirtschaftskrise bereits betroffen sind und leider auch noch betroffen sein werden. Er verwies darauf, dass die Euro Löhne heutzutage auch nicht mehr jenen Bezügen entsprechen, die die Menschen noch vor 10 Jahren hatten. Das ist laut Tauchner mitverantwortlich dafür, dass immer mehr Menschen von akuter Armut bedroht sind. Gerade deshalb sei es auch vollkommen der falsche Weg, bei der finanziellen Hilfe für die Familien zu sparen, denn diese Leistungen haben sich im Realwert mittlerweile um mehr als 20% reduziert. In Zeiten wie diesen müssten alle verfügbaren Mittel für Niederösterreichs Menschen zur Verfügung gestellt werden.

Eine dringende Notwendigkeit besteht vor allem in der Pflege der älteren Generation, wo die steigende Zahl an Pflegefällen, den Bau von Heimen, aber auch der Ausbildung von Fachpersonal nicht genügend Rechnung getragen wird. Tauchner forderte daher ein Aufschnüren des Sozialbudgets und einen völligen Neustart.

LAbg. Huber wies darauf hin, dass die staatliche Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege für die Aufbaugeneration, sowie betagter und behinderter Menschen eine der wichtigsten Herausforderungen für die Politik überhaupt ist. „Wir gehen für das Jahr 2050 von einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 85,6 Jahren für Frauen und 80,2 Jahren für Männer in Österreich aus. Bereits im Jahr 2030 wird der Anteil der Menschen mit über 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung bei über 32% liegen. Gleichzeitig wird aber der Anteil der erwerbstätigen Personen deutlich auf rund 55 Prozent sinken!“, so Huber. Der Abgeordnete führte weiter aus, dass es in Österreich mehr als 400.000 Personen gibt, die Angehörige oder enge Bekannte zu Hause pflegen. Angesichts dieser Zahlen hätte daher auch für die FPÖ die Pflege im eigenen Heim höchste Priorität. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang daher eine sozialrechtliche Absicherung der pflegenden Angehörigen. Eine weitere Herausforderung stellen Tages- sowie Kurzzeitpflege dar. Huber betonte dass es auch hier trotz steigenden Bedarfs zu Kürzungen kommt. Während der Ansatz für Integrationsmaßnahmen bei Einwanderern erhöht wurde. Das sei ein völlig fal-

sches Signal und leider auch ein Hinweis darauf, wie wichtig die Aufbaugeneration der ÖVP in diesem Land ist.

KO Stv. Königsberger referierte über den gegenwärtigen Missstand bei den Waisenrenten, bei denen er dringenden Handlungsbedarf ortete. Königsberger verwies darauf, dass jene Kinder und Jugendlichen, die eine Waisenrente beziehen, bereits mit dem Schicksal leben müssten, einen, in besonders tragischen Fällen sogar beide Elternteile verloren zu haben. Es sei in diesem Zusammenhang daher absolut unzumutbar, jene Renten, die ohnehin nicht sehr hoch sind und das erlittene menschliche Leid nicht aufwiegen können, auch noch zu besteuern. Königsberger brachte daher einen Antrag ein mit dem dieser Missstand beseitigt werden sollte.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=83>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at>

[tag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=104](http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=104)

Dieser Antrag wurde von VP und SP abgelehnt.

GRUPPE 5 Gesundheit:

LAbg. Huber betonte in seinen Ausführungen, dass die vielzitierte soziale Modellregion in NÖ nur eine Floskel sei und die Realität ganz anders aussähe. Er verwies auf die riesigen Defizite bei den Krankenkassen und erklärte, dass es bis heute keine vernünftigen Lösungen für diese Problematik gibt. Die einzigen Lösungen die angeboten werden, wären massive Kürzungen bei den Leistungen der Kassen, was lediglich zu einem Qualitätsverlust der medizinischen Versorgung in NÖ führt. Die schlechte Bonität der Sozialkassen führte Huber vor allem auf die unkontrollierte Einwanderung in unser Sozialsystem, sowie auf Sozial- und E-Cardmissbrauch zurück. Es seien in diesem Zusammenhang deshalb auch die derzeitigen Fakten zu berücksichtigen. Explosion der Arbeitslosigkeit, sprunghafter Anstieg der Pensionsbezieher und immer höher werdende Einwanderungsquoten würden zwangsläufig zu einem Kollaps des

Systems führen, weshalb Huber auch ein sofortiges Umdenken forderte. Man müsse sich zwischen unkontrollierter Einwanderung und einem gut ausfinanzierten Sozial- und Gesundheitssystem entscheiden.

Abgeordneter Sulzberger nahm zu den Anti-Atom-Aktivitäten Stellung. Er betonte die Wichtigkeit alternativer Energieträger als große Hoffnungsträger für die Zukunft des ländlichen Raumes. Er brachte einen Resolutionsantrag betreffend Anti-Atom-Aktivitäten in Niederösterreich ein.

KO Waldhäusl kritisierte das Mauern der ÖVP im Zusammenhang mit der Garten Tulln. Besondere Kritik übte der Klubobmann am Antrag von KO Schneeberger, der nicht genehmigten Ausgaben bei der Garten Tulln im Nachhinein durch den Landtag absegnen lassen wollte. Er bezeichnete diesen Antrag als „sittenwidrig“ und verurteilte das Vorgehen der ÖVP scharf. Darüber hinaus stellte er die Frage in den Raum, warum LH Pröll die Eingliederung der Vereine und Gesellschaften, die in die Garten Tulln involviert sind, ins Land NÖ verlangte, um, wie er anführte alles kontrollieren zu können. Wenn wie vorher von der ÖVP

behauptet, ohnehin alles korrekt abgelaufen wäre. Waldhäusl erneuerte daher seine Vermutung, dass es sich hier um einen handfesten Skandal mit Steuergeldern handelt und forderte eine Kontrolle aller Gesellschaften und Vereine durch den Landesrechnungshof.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=87>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=85>

Dieser Antrag wurde von VP und SP abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=122>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=120>

Dieser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt.

GRUPPE 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

LAbg. Königsberger verwies in seinen Ausführungen auf die Wichtigkeit infrastruktureller Maßnahmen für die Wirtschaft. Gerade in Zeiten einer nie dagewesenen Wirtschaftskrise seien Investitionen der Öffentlichen Hand in Straße und Schiene unabdingbar, um die Wirtschaft zu stützen und somit auch Arbeitsplätze zu sichern. Er kritisierte deshalb auch den Kurs der ÖVP NÖ heftig, die die Investitionen in dieser Budgetgruppe massiv gekürzt hat. Königsberger sagte, dass gerade im ländlichen Raum infrastrukturelle Maßnahmen von großer Wichtigkeit wären, da es in manchen Regionen bereits zu einem regelrechten Zusammenbruch des öffentlichen Verkehrs gekommen sei. Die Wichtigkeit des öffentlichen Verkehrsangebots ergäbe sich vor allem aus dem derzeit anhaltenden Spritpreiswahnsinn einerseits, andererseits aber auch aus der Abwanderung von Menschen in Regionen, in denen jegliche Infrastruktur bereits zum Erliegen gekommen sei. Gerade

vor diesem Hintergrund sei es daher auch nicht zu akzeptieren, dass der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) seine Tarife neuerlich angehoben hat. Um den Pendlern den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zusätzlich zu erleichtern, forderte Königsberger einen massiven Ausbau der Park & Ride Anlagen und brachte einen entsprechenden Antrag ein.

Abgeordneter Ing. Martin Huber widmete sich den Nebenbahnen des Mostviertels und forderte den Erhalt der Ybbstalbahn. Hinsichtlich des Ausbaus der Westbahn würden einige Gemeinden unter riesigen Baustellen leiden, was Huber am Beispiel seiner Heimatgemeinde Blindenmarkt erklärte. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen Resolutionsantrag betreffend Hochwasserschutz in Blindenmarkt ein. Weiters ging er auf Park & Drive Anlagen ein und hielt fest, dass es gerade im Mostviertel viele „wilde Parkplätze“ gibt. Daher müsse der Ausbau hier vorangetrieben werden, wozu Huber mit seinen Fraktionskollegen einen weiteren Resolutionsantrag betreffend Park & Drive-Erweiterung entlang der Westautobahn einbrachte.

KO Gottfried Waldhäusl wies auf die fehlende Infrastruktur im Waldviertel hin. Er bezog sich dabei sowohl auf den öffentlichen Verkehr als auch auf den Ausbau der Straßen im Waldviertel. Der Klubobmann berichtete, dass die Bauabteilung 8 mittlerweile nur mehr ein Drittel jenes Bauvolumens in der Region verbaut, als das noch in den letzten Jahren der Fall war. Der Klubobmann kritisierte, dass der Bau von Ortsumfahrungen allen zu wenig wäre und die Bürger eine Waldviertelautobahn oder ein entsprechendes Schnellstraßennetz viel dringender benötigen würden. Waldhäusl brachte daher neuerlich einen Antrag zum Bau der „Waldviertelautobahn“ ein.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=124>

Dieser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=127>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=108>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=110>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=124>

Dieser Antrag wurde von VP und Grünen abgelehnt.

GRUPPE 7 Wirtschaftsförderung:

In dieser Gruppe erörterte KO Waldhäusl die seiner Ansicht nach völlig verunglückte Agrarpolitik der ÖVP in den letzten Jahren. Er wies darauf hin, dass seit dem EU Beitritt bereits 50% der Agrarbetriebe zusperrten mussten. Einen Zwischenruf der Abgeordneten Adensamer „die Bauern wären auch so gestorben“ verurteilte der Klubobmann

scharf und meinte das sei offenbar das Motto der ÖVP Agrarpolitik. Waldhäusl zeigte auf, dass das NÖ Landwirtschaftsbudget zwar gestiegen sei, dies jedoch lediglich mit einer Gehaltserhöhung der Landwirtschaftskammerfunktionäre zu tun hätte und den Bauern wieder nicht zugutekäme. Der Klubobmann betonte in seinen Ausführungen die enorme Wichtigkeit der Landwirtschaft für den Arbeitsmarkt. Denn nur Landwirte, die von ihrer Arbeit leben können würden auch den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt nicht überstrapazieren. Er forderte daher völlig neue Förderungsschemata für die Landwirtschaft, sowie die Loslösung von der EU-Agrarkommission und ihren Auflagen. Es müsse zu einer Renationalisierung der Fördermittel für die Landwirtschaft kommen.

Im Hinblick auf die Wirtschaft stellte Waldhäusl ebenfalls fest, dass die Förderungen völlig falsch strukturiert sind. Er kritisierte, dass immer nur Großkonzerne medienwirksam mit Förderungen bedacht werden, während man sich für die kleinen und mittleren Unternehmen überhaupt nicht interessiert. Um Fällen, wie der Schließung des Reifenwerkes Traiskirchen vorzubeugen, schlug Waldhäusl vor, die Förderrichtlinien dahingehend zu

ändern, dass die Empfängerunternehmen auch langfristige Bestandsgarantien abgeben müssen und bei Nichteinhaltung dazu verpflichtet werden sollten, den Betrag zurückzubezahlen. Im Hinblick auf die derzeit fehlenden Ferialpraxisstellen brachte Waldhäusl einen Antrag auf Förderung dieser Jobs ein um sicherzustellen, dass die Jugend auch weiterhin optimale Ausbildungsvoraussetzungen hat.

Am Ende seiner Rede wies der Klubobmann auf die nach wie vor zu hohen Energiepreise der EVN hin. Waldhäusl kritisierte die Vorgehensweise des Landes, zwar die Dividenden aus der Beteiligung an der EVN zu kassieren, anstatt dafür Sorge zu tragen, dass die Preise gesenkt werden. Er brachte einen entsprechenden Antrag ein.

Abgeordneter Sulzberger betonte, dass Handlungsbedarf im Hinblick auf die Situation der Milchbauern gegeben sei. Die bäuerliche Bevölkerung leiste Vieles und werde im Regen stehen gelassen. Punkto Ernährungssicherheit meinte er, dass die „Qualität der Nähe“ erhalten werden müsse und brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen Resolutionsantrag betreffend

fend eindeutige Kennzeichnungspflicht von Kunst- bzw. Analogkäse ein.

Abgeordneter Huber erklärte, die Verlierer der Wirtschaftskrise seien vor allem die Jugendlichen. Über 8.600 arbeitslose Jugendliche seien in Niederösterreich bereits registriert, wobei vor allem junge Ausländer stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen seien. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen Resolutionsantrag betreffend Jugendarbeitslosigkeit ein.

FPÖ Anträge zur Gruppe:

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=13>

1

Dieser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=92>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=11>

4

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=12>

9

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=11>

2

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

<http://www.fp-noelandtag.at/index.php?sid=landhaus&ilid=94>

Dieser Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt.

Die FPÖ lehnte sowohl alle Budgetgruppen als auch das Gesamtbudget ab und forderte einen grundlegenden Wandel in der Budgetpolitik in NÖ.

Ende der Sitzung um 22.30 Uhr